



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 11. Dezember 1910.

Die Etatsrede des Kanzlers — Der Zentralverband Deutscher Industrieller — Seine Stellung zum Bunde der Landwirte und zum Hansabunde — Die Ratheder-Sozialisten.

Die politische Atmosphäre ist so von Sensation geschwängert, daß man kaum bis zu den ernststen Arbeiten in der Politik durchzudringen vermag. Wenn man allein der Dinge gedenkt, die während der letzten Woche auf uns eingestürmt sind, schwindelt der Kopf. Da ist der Fall Dammann, die Begnadigung der Borussen, die Affäre Martin Spahn, der Professorenstreit in Berlin, da sind die Begleiterscheinungen der Wahl von Labiau-Wehlau, der Prozeß Nechenberg—Roy; seit Wochen schon beunruhigen uns der Moabiter Krawallprozeß und der Streit des konservativen Landrats Freiherrn von Markahn mit dem liberalen Gutbesitzer Becker; seit Monaten werden wir durch den immer schärfer werdenden Kampf zwischen dem Bunde der Landwirte und dem Hansabunde in Atem gehalten. Inmitten aller dieser Vorkommnisse wirkt die Rede des Herrn Reichskanzlers erfrischend, die er am gestrigen Sonnabend bei der ersten Lesung des Etats im Reichstage gehalten hat. Die Rede zeichnete sich, abgesehen von der Sachlichkeit, die wir bei Herrn von Bethmann Hollweg stets bemerkt haben, auch durch Temperament aus, das wir bisher stets vermißten. Der rote Faden der Ausführungen ist wohl zu suchen in der Betonung des Willens zur Ausübung der Macht durch den Leiter der Regierung. „Ich mache mich nicht zum Werkzeug der Machtpolitik irgendeiner Partei, welcher Seite sie auch angehören möge . . . ich diene nicht dem Parlament, auch nicht den Junkern, so wenig wie Ihnen (zu den Sozialdemokraten) . . . Ich kann nicht den Eindruck im Lande aufkommen lassen, als bedürfe die Regierung eines besonderen Ansporns . . . So gut es der Staat anerkannt hat . . . Fürsorge zu treiben, genau so ist es seine Pflicht, alle gewaltfamen, gesetzwidrigen Angriffe auf seine Ordnung und auf die friedliche Entwicklung des Staatswesens unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel mit rücksichtsloser Energie niederzuschlagen. Diese Energie wird in gleichem Maße wachsen wie die Heftigkeit der Angriffe.“ Neben diesem erfreulichen Bekenntnis zur Staatsautorität steht die Bezeugung der Achtung vor der Verfassung. „Vorschläge zu Ausnahmegeetzen mache ich Ihnen (zu den Konservativen) nicht!“ und „Ich stelle mich durchaus nicht auf den Standpunkt, daß die Parteien, die den gegenwärtigen gesetzlichen Zustand für . . . unzulänglich erachten, wenn sie dies hier erklären, was ihren Wählern gegenüber ihre Pflicht und der Regierung gegenüber ihr gutes Recht ist, gleichzeitig bestimmte Gesetzesvorschläge machen sollten. Im Gegenteil, es ist absolut Pflicht der Regierung, ihrerseits mit Vorschlägen hervorzutreten . . .“

Und dann kommt der Kanzler auch auf den praktischen Weg, den er gesonnen ist zur Wahrung der Staatsautorität zu wählen. Das „Verfahren insonderheit bei Aburteilung von Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“ soll beschleunigt werden, der verheßenden Tätigkeit gewissenloser Agitatoren, der Verherrlichung begangener Verbrechen soll ein Niegel vorgeschoben und die persönliche Freiheit sowie das persönliche Selbstbestimmungsrecht sollen mehr wie bisher gesichert werden. Das sind alles recht erfreuliche Äußerungen, zu deren Durchführung alle die Konservativen und Liberalen gern die Hand bieten werden, die nicht in wirtschaftlichem Egoismus oder politischem Dogmatismus stecken geblieben sind. Natürlich werden aber nun die Handlungen des Herrn Reichskanzler im Einklang mit der Rede stehen müssen, wenn diese zur Stärkung des Vertrauens bei den Mittelparteien führen und politischen Nutzen bringen soll. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir sie gleichfalls begrüßen, wenn wir uns auch nicht verhehlen, daß sie eine Schwäche in sich trägt, die der ganzen Politik des Kanzlers anhaftet: die völlige Negierung des Vorhandenseins einer öffentlichen Meinung. Es ist richtig, der Kanzler setzt da den Hebel ein, wo auch die Öffentlichkeit es für nötig hält, aber er wendet sich nicht an die Öffentlichkeit, vertreten durch die politischen Parteien, ihm dabei zu helfen, sondern hofft, daß die entsprechenden technischen Kommissionen dasjenige zustande bringen, was er für richtig hält. Aus dieser bürokratischen Regierungsmethode erklärt es sich, warum der Kanzler von den einen als ein Diener Heydebrands und von den andern als Liberaler beargwöhnt wird. Seinem Ziel, sich nicht zum Werkzeuge der Machtpolitik einer Partei zu machen, kommt er damit freilich näher. Es darf aber doch bezweifelt werden, ob mit solcher negierenden Stellungnahme der Politik eine besondere Stetigkeit gegeben werden kann. Stetigkeit könnte auch nur den Zusammenhang der Parteien mit Einschluß des Zentrums, herbeiführen, den der Herr Reichskanzler zum Kampf gegen die Sozialdemokratie fordert. Diese alte Mahnung haben Bismarck und Bülow nicht nur einmal an die Nation gerichtet. Bethmann aber mit besonderem Geschick. Er packte den Stier bei den Hörnern, wenn er gerade die republikanische Gefinnung brandmarkte und wenn er den Beweis führte, daß die Sozialdemokratie solche Stimmungen künstlich hervorrufft, wie sie zu den Krawallen in Moabit geführt haben. — Die äußere politische Wirkung der Rede im Lande wird vor allen Dingen davon abhängen, wie die nationalliberale und freisinnige Presse sie ausnutzt. Geht sie den Weg, den ihr schon Sonnabend abend die „Deutsche Tageszeitung“ andeutet, dann könnten die Liberalen bei den nächsten Wahlen recht erhebliches Kapital aus ihr schlagen. Besonders die konservativen Ultras, die der Kanzler diesmal recht derb zurückgewiesen hat, könnten ganz gehörig an die Wand gedrückt werden. Freilich müßten die liberalen Parteien sich alsdann auf eine Konstellation gefaßt machen, die sie zwänge, alle nationalen und wirtschaftlichen Fragen mit dem Zentrum zusammen zu erledigen.

Die Möglichkeit einer solchen Konstellation wird auch durch den Verlauf eines Unternehmens in greifbare Nähe gerückt, mit dem sich die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, die am 9. d. Mts. in Berlin tagte, beschäftigt hat. Wie bekannt, haben die Deutschkonservativen versucht, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet festen Fuß zu fassen. Diese Bemühungen waren auch von gewissen Erfolgen gekrönt, da die Industrie Bundesgenossen für den Kampf gegen die Feinde der jetzigen Wirtschaftspolitik, Freihändler und Sozialdemokraten, braucht. Schließlich hat sich aber die Industrie von den Konservativen enttäuscht zurückgezogen. Die Gründe dafür gibt Herr Bueck in seinem mündlich erstatteten Geschäftsbericht wie folgt an: Es sei nicht wegzuleugnen, daß die Verteuerung der

Lebenshaltung der Arbeiter ihren Grund in den zum Teil übertrieben hohen Zöllen auf Nahrungsmittel habe. Das habe zu einer fortgesetzten Steigerung der Löhne geführt; nunmehr aber sei die Industrie in dieser Beziehung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. In maßgebenden industriellen Kreisen sei daher ernstlich erwogen worden, bei der konservativen Partei auf eine Herabsetzung der Lebensmittelzölle hinzuwirken, wozu die Vorbereitungen zum neuen im Jahre 1917 festzustellenden Zolltarif Gelegenheit böten, und das um so mehr, als sich die Landwirtschaft in unbedingt günstiger Lage befinde. Es könne auch keinem Zweifel unterliegen, daß die ganze, gegenwärtig so überaus unbefriedigende politische Situation sich mit einem Schlage günstiger gestalten würde, wenn die Vertreter der Landwirtschaft jetzt aus eigener Initiative mit Zugeständnissen in dieser Richtung hervortreten wollten. Leider habe der Abgeordnete Dr. Hahn, einer der einflußreichsten Führer des Bundes der Landwirte, im Reichstag jede Hoffnung auf Entgegenkommen vernichtet, indem er sogar eine Erhöhung und Ergänzung der landwirtschaftlichen Zölle für unbedingt notwendig erklärte. Dr. Hahn habe auch unumwunden zu verstehen gegeben, daß, wenn die Erhöhung und Ergänzung nicht erfolgen sollte, sich der Bund der Landwirte ebenso wie 1902 mit äußerster Feindseligkeit gegen die Industriezölle auflehnen würde. Es dürfte deshalb außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich werden, die Beziehungen zwischen der Industrie und den Vertretern der Landwirtschaft aufrecht zu erhalten. Diese Erklärung, die übrigens von der „Kreuzzeitung“ ungekürzt und ohne Kommentar abgedruckt wird, wird hoffentlich endlich dazu führen, daß sich die konservative Partei nicht mehr ausschließlich nach den Direktiven des Bundes der Landwirte richten wird. Schlägt sie jetzt nicht in die ihr von der Industrie gebotene Hand, dann kann sie bestimmt damit rechnen, bei den kommenden Wahlen das Jena zu erleben, das ihr in diesen Hefen vor Jahresfrist prophezeit worden ist. Allem Anschein nach soll aber auch diese Niederlage nicht zum Sturz der händlerischen Tyrannis führen. Nach wie vor fordert die „Deutsche Tageszeitung“ einen „zweckmäßigen und nützlichen Ausbau der Schutzzollpolitik“. Sie tadelt den Reichskanzler, daß er sich zu diesem „wohlbegründeten . . . Verlangen“ in seiner Etatsrede nicht geäußert habe.

Auch in einer andern Beziehung hat der Delegiertentag des Zentralverbandes eine erfreuliche Klärung gebracht. Wie erinnerlich (vgl. unseren Leitartikel in Nr. 46 „Industriepolitik“) machte sich vor einiger Zeit in den dem Zentralverbande angeschlossenen Kreisen der Industrie einige Mißstimmung gegen den Hansabund bemerkbar, die noch besonders genährt wurde durch die Schrift Steinmann-Buchers. Die Ausführungen Steinmann-Buchers sind nun durch den Präsidenten des Zentralverbandes, Herrn Landrat a. D. Rötger, gründlich desavouiert worden, indem er den Hansabund gegen die bekannten Angriffe der Sozialistenfreundlichkeit und des Freihändlertums in Schutz nahm. Dazu schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Die Rede des Vorsitzenden Rötger zur Verteidigung des Hansabundes zeugte von einer großen Unkenntnis der politischen Verhältnisse und man gewann den Eindruck, daß nicht etwa der Zentralverband auf den Hansabund, sondern umgekehrt der Hansabund auf den Zentralverband einen entscheidenden Einfluß ausübt. Der Redner möge es uns nicht übel nehmen, wenn wir seine Belehrung über die wahre Natur des Hansabundes als ganz und gar abwegig bezeichnen. Der Hansabund tritt für das Bankinteresse ein; wenn ihm an dem Gedeihen der Industrie etwas läge, würde er nicht gerade diejenigen Parteien, die der Industrie freundlich gesinnt sind, bekämpfen und die Sozialdemokratie zur Unterstützung seiner Kandidaten heranziehen. Daß die von den Banken abhängigen Industriellen Freunde des Hansabundes sein müssen, ist uns ohne weiteres klar. Aber die andern?“

Nun muß man wissen, daß Herr Nötger als früherer Generaldirektor von Fried. Krupp zu den nach Auffassung der „Kreuzzeitung“ „von den Banken unabhängigen“ Industriellen gehört, und daß er stets in der vordersten Reihe der Kämpfer gegen die Sozialdemokratie gestanden hat, — allerdings nicht mit Hurra und Säbelraffeln, sondern mit jener intensiven sozialen und kulturellen Arbeit, die das Haus Krupp von jeher ausgezeichnet hat und derentwegen das Haus Krupp wie kaum eine andere Firma die Zielscheibe des sozialdemokratischen Hasses geworden ist. Wenn ein Mann mit der Vergangenheit und in der Stellung des Herrn Nötger im Zentralverbande Deutscher Industrieller die Politik des Hanfabundes gutheißt, dann kann uns solches nur in der Auffassung bestärken, die wir auf Grund selbständiger Prüfung des Tatsachenmaterials über die Ziele des Hanfabundes gewonnen haben.

Auf der Tagung des Zentralverbandes sind auch zwei Tatsachen zur Sprache gekommen, die nicht unbeachtet bleiben sollten. Herr Bueck klagte die Industriellen mangelnder Opferwilligkeit an und wies dabei auf den für die Sozialdemokraten günstigen Verlauf des Werftarbeiterstreiks hin; gleichzeitig benutzte er die Gelegenheit, die „Kathedersozialisten“ für das Anwachsen der Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Von den „Kathedersozialisten“ hört man gegenwärtig fast ebensoviel wie in den achtzehnhundertsebziger Jahren, als Schmoller und Treitschke sich voneinander trennten und sich über Sozialpolitik unterhielten. Ging damals der Nationalökonom Schmoller als Sieger aus dem Kampfe gegen den Historiker hervor, so tritt heute ein junger Nationalökonom gegen drei greise Paladine ihrer Wissenschaft in die Schranken, Ludwig Bernhard. So wird wenigstens von den Gegnern der Schmollerschen Schule behauptet. Wir wollen mit unserem Urteil über diesen Zusammenhang so lange zurückhalten, bis der Professorenstreit in Berlin beigelegt ist, der Formen eines Ehrenhandels zwischen Leutnants angenommen hat, die der ehrengerichtlichen Bestimmungen unkundig sind. Das kann uns indessen nicht hindern, den Auffassungen Buecks über die Schmollersche Schule entschieden entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, welcher Segen gerade der Industrie aus den Lehrsätzen Schmollers gestossen ist. Am 15. Februar 1875 schrieb Gustav Schmoller in der Vorrede seines „Offenen Sendschreibens an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke“ 1874/75 (S. 5 d. II. Aufl. Dunder u. Humblot, Leipzig 1904):

„Das Problem der Gegenwart in sozialer Beziehung liegt in dem Ringen gewisser rechtlicher und sittlicher Ideale, treten sie nun in reiner oder verzerrter Form auf, seien sie verfrüht oder nicht, mit den Sätzen einer überlieferten Volkswirtschaftslehre und den praktischen Forderungen eines dem Tage dienenden, den besitzenden Klassen bequemen Geschäftsganges, der vor allem ungestört bleiben will. Gewiß in bester Absicht, aber nach meiner Überzeugung unter dem Drucke ganz einseitiger Vorstellungen und Befürchtungen hat ein großer Teil der deutschen Gelehrtenwelt sich in diesem Kampfe ausschließlich auf die konservative, auf die Seite der Besitzenden gestellt. Je monarchischer ich nun fühle, je mehr ich all mein Sinnen und Denken eins weiß mit dem Staate der Hohenzollern, mit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches und seinem Kampfe gegen die antistaatlichen Tendenzen des Ultramontanismus und der Sozialdemokratie, um so mehr fühle ich mich verpflichtet, mit unbedingtem Freimut Zeugnis für das abzulegen, was ich als das Berechtigte in der heutigen Bewegung des vierten Standes ansehe, für das, was nach meiner Ansicht uns auch allein die normale Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Institutionen garantieren kann, für die soziale Reform. Nur die Erhaltung eines breiten Mittelstandes, nur die Erhebung unserer unteren Klassen auf eine etwas höhere Stufe der Bildung, des Einkommens und des Besitzes kann uns davor bewahren, in letzter Instanz einer politischen Entwicklung entgegenzugehen, die in einer abwechselnden Herrschaft der Geldinteressen und des vierten Standes bestehen wird. Nur die soziale Reform kann den preussischen Staat in den Traditionen erhalten, die ihn groß gemacht,

nur sie erhält die Aristokratie der Bildung und des Geistes an der Spitze des Staates, nur sie bietet uns Gewähr dafür, daß der Macht und dem Glanz des neuerstandenen Deutschen Reiches auch die innere Gesundheit in der Zukunft entsprechen wird.“

Die deutsche Sozialpolitik hat nach verschiedenen Schwankungen und Mißgriffen den ihr von Schmoller gewiesenen Weg eingeschlagen. Die deutsche Nation hat nun bald vierzig Jahre hindurch weiter nichts getan, als die Volkskräfte gepflegt und entwickelt durch Bildung und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Kein Krieg, keine Wirtschaftskrise oder sonstige Nöte haben diese Arbeit gehindert. So ist das Leben vieler Millionen schnell auf eine Höhe gekommen, die vor der Reichsgründung nur einigen Tausenden vergönnt war zu erklimmen und zu behaupten. Leichtere Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten haben überall zum Siege des Geistes über die Materie geführt und damit die Unabhängigkeit des einzelnen Menschen vom Althergebrachten und — vom Besitz vergrößert. Im Deutschen Reich konnte in noch gar nicht weit zurückliegenden Jahren ein kluger Kopf, unterstützt von starkem Willen, noch alles erreichen, was nicht gerade durch den Zwang der Examina eingeengt war. Wir haben Arbeiter zu Millionären und Leitern großartiger Betriebe und Kaufleute zu Ministern aufsteigen sehen. Herr Bueck ist als Autodidakt zum Leiter des größten wirtschaftlichen Verbandes aufgestiegen und konnte die hervorragenden Eigenschaften seiner Persönlichkeit voll in den Dienst des Vaterlandes stellen. Die Zahl über ein gewisses Durchschnittsmaß hinausragender Menschen hat sich in allen Gebieten der nationalen und sozialen Regsamkeit vertausendfacht. Dabei sind die Maßstäbe und Anforderungen an Tüchtigkeit scheinbar bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit gesteigert und dennoch stehen auf allen Gebieten für den ausfallenden Führer hundert Ersatzleute zur Verfügung. Indem wir das Leben der großen Massen sicherten und reicher und unabhängiger gestalteten, schufen wir selbst den gesunden Boden für das Aufwachen und die Entwicklung starker Individualitäten. Aus den Reichümern der Volksgesamtheit sprießt uns der Segen für alle Aufgaben des Staates. Nur eins ist scheinbar seit 1875 unverändert geblieben: die Kenntenz, die Trägheit, der Egoismus des Bürgertums, sobald es zu einer gewissen materiellen Stufe gestiegen ist. Bueck, der die industriellen Unternehmer seit siebenunddreißig Jahren von Kampf zu Kampf geführt hat, sagt es heute am Ende seiner Laufbahn rückschauend selber, wie sehr ihnen der Opfermut abgeht. In diesen Kreisen hat die Lehre Schmollers noch keinen Boden gefaßt, — anderenfalls hätte das Bürgertum aus sich selbst die Machtmittel geboren, die notwendig sind, um die Kräfte zu bändigen, deren die gedeihliche Entwicklung unserer Wirtschaft, deren das deutsche gewerbliche Bürgertum selbst zur weiteren Ausgestaltung seiner weltbeherrschenden Stellung bedarf.

In diesem Sinne müssen alle Forderungen energigisch zurückgewiesen werden, die auf Ausnahmegeetze hinzielen. Alle zum Schutz einer sozialen Schicht getroffenen Maßregeln des Staates nutzen dieser Schicht nur vorübergehend; bald wandeln sie sich in Schaden, denn sie beseitigen Reibungen, die notwendig sind, um gerade die besten Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Und gerade in diesem Augenblick, wo das deutsche Bürgertum wieder beginnt, sich seiner politischen Pflichten zu erinnern, würden Ausnahmegeetze sich wie Hemmschuhe nicht an die Entwicklung der Sozialdemokratie, sondern an die des Bürgertums legen. Wir brauchen keine Ausnahmegeetze, sondern lediglich ein selbstbewußtes Bürgertum, das die bestehenden allgemeinen Gesetze mutvoll handhabt.

Nachmals die elektrischen Überlandzentralen. In letzter Zeit sind zwei Tatsachen bekannt geworden, die geeignet sind, meine in Nr. 47 dieser Zeitschrift ausgesprochenen Ansichten zu bestätigen:

1. Drei preußische Minister haben sich veranlaßt gesehen, in einem Erlasse (vom 18. August 1910) den Versuchen der Elektrizitätsfirmen, bei Erbauung neuer Werke sich ein Monopol für Ausführung der Installationen für die Kunden zu sichern, entgegenzutreten und den Gemeinden den Abschluß von Verträgen nach einem von der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung ausgearbeiteten Normalentwurfe zu empfehlen, durch den derartige Monopole ausdrücklich ausgeschlossen werden. Ob das helfen wird, kann fraglich sein, weil die Elektrizitätsfirma als Erbauerin eines Werkes darauf hinweisen wird, daß sie, wenn ihr die Aussicht auf Gewinnerzielung aus den Anschlüssen geschmälert wird, für das Werk selbst einen höheren Preis fordern müsse. Bezeichnend aber ist, daß diese kleinen Monopolbestrebungen gerade in der Zeit mehr hervortreten, wo das große Monopol der verbündeten Großfirmen durch einen Außenseiter, die Bergmannwerke, ins Wanken geraten ist. Nach Wiederherstellung der Einigkeit — mag diese nun durch Niederringung des Gegners oder durch seine Aufnahme in den Verband herbeigeführt werden — wird es nicht mehr so genau darauf ankommen, wer die einzelne Lieferung bekommt, werden auch die großen Firmen die Installateure, die für die Beschaffung ihrer Materialien auf sie angewiesen sind, genügend in der Hand haben. Es deutet sogar manches darauf hin, daß nach dem Frieden die Monopolisierung der Erzeugung von Apparaten und Materialien für die Elektrizität noch schärfer werden wird, als sie vor dem Kampfe war.

2. Für die Provinz Pommern wird unter starker finanzieller Beteiligung der Provinzialverwaltung die Errichtung eines Netzes von Überlandzentralen vorbereitet. Eine der ersten Verlautbarungen war die Festsetzung von Normalstrompreisen. Wozu das? Ein gegenseitiges Unterbieten ist ohnehin ausgeschlossen. Dagegen kann eine solche Fessel sehr lästig werden, auch wenn möglichst liberale Handhabung der Bestimmung beabsichtigt ist. Die Zentralen müssen, bis sie fest auf den Füßen stehen, ausschließlich auf kaufmännische, d. h. Gewinnerzielung, arbeiten, und auch später muß das ein Hauptgesichtspunkt sein und bleiben. Dazu aber muß der Leiter verschiedene Preise bewilligen können; er muß in Betrieben, die bereits mit Kraftmaschinen und Beleuchtungsanlagen ausgerüstet sind, die bisher entstandenen Kosten unterbieten können: ja, er wird diejenige Energie, die ihm wegen Mangels an Absatz sonst als Freiwasser neben seiner Turbine wegläuft, oder für deren Erzeugung er nur das Brennmaterial für seine Wärmekraftmaschinen in Anrechnung zu bringen braucht, sehr billig — ganz außerordentlich billig — geben können. Der Abnehmer verzichtet auf Lieferung, solange der Strom besser verwertet werden kann, und legt sich irgendeine elektro-chemische oder elektrothermische Fabrikation an, für die wenig Arbeiter nötig sind und die jederzeit unterbrochen werden kann, die natürlich auch den anderen Abnehmern, die die höheren Strompreise zahlen, keine Konkurrenz machen darf. Es gibt deren schon eine ganze Zahl — Vernickelung, Aluminium, Kalziumkarbid, Kalkstickstoff, Stahl, zusammengeschmolzen aus Gußeisen- und Schweißeisenschrotten. Solche Entwicklungsmöglichkeiten dürfen nicht von vornherein unterbunden werden.

Beides deutet darauf hin, daß es Zeit wird, daß die ganze Bewegung in andere Bahnen geleitet wird.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens noch ein Druckfehler verbessert: Ein Kilowatt ist nicht gleich vier Fünftel, sondern gleich fünf Viertel Pferdekraft.

Regierungs- und Gewerberat Lesser-Köslin

Hypothekendarlehen-Gesetz vom 13. Juli 1899, Textausgabe mit Einleitung, Anmerkung und Sachregister von Dr. Heinrich Goepfert, Geheimer Oberregierungsrat. Zweite Auflage, bearbeitet von Dr. Max Seidel, Geheimer Regierungsrat.

Berlin 1911, J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. G. m. b. H. Das Werk erscheint in einem Umfange von 222 Seiten in der Guttentagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze (Nr. 51). Die Neubearbeitung ist vor allem dadurch erforderlich geworden, daß seit dem gleich nach dem Inkrafttreten des Reichshypothekenbankgesetzes erfolgten Erscheinen der ersten Auflage die Praxis in mannigfachen Fragen eine bestimmte Stellung genommen hat, und insbesondere auch von den Zentralaufsichtsbehörden in den einzelnen Bundesstaaten Anweisungen und Verfügungen an die Banken und die mit der unmittelbaren Aufsicht betrauten Behörden und Beamten erlassen sind, die für die Hypothekenbanken sowohl wie für die Pfandbriefbesitzer von großer Bedeutung sind. Wenn mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse auch nur die in Preußen, Bayern und Sachsen erlassenen Vorschriften Berücksichtigung finden konnten, so geben diese doch bereits ein genügendes Bild und einen ausreichenden Anhalt. Andererseits mahnen aber diese verschieden gestalteten Verhältnisse an die Verwirklichung des schon öfter von Fachkreisen gemachten Vorschlages der Einrichtung eines Reichshypothekenbank-Aufsichtsamtes, etwa im äußeren Anschluß an das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung.

Namentlich die Frage der sachgemäßen Beleihung seitens der Banken ist von größter Bedeutung für alle Beteiligten. Es sind daher in dem Buche die in den drei genannten Staaten seitens der Zentralaufsichtsbehörden erlassenen Vorschriften in einem Anhange vollständig zum Abdruck gebracht worden. Bekanntlich werden die meist über kleine Beträge lautenden Hypothekenbankpfandbriefe vielfach von Sparern erworben, die über das Wesen des Pfandbrief- und Hypothekenbankgeschäfts nur ungenügend unterrichtet sind. Es ist daher von großem Werte für das Publikum, eine Gesetzesausgabe mit kurzen Erläuterungen und anhangsweise beigefügten Ministerialvorschriften in die Hand zu bekommen, durch welche sie näher darüber unterrichtet werden, nach welchen Grundsätzen die Beleihungen stattgefunden haben, inwieweit z. B. gewerbliche Anlagen, Warenhäuser, Hotels usw. zur Beleihung zugelassen werden können, und daß nach den für solche Beleihungen vorgeschriebenen Grenzen für die Pfandbriefe die nötige sichere Unterlage geschaffen ist. Auch die Art der Handhabung der Staatsaufsicht, über welche die Anmerkungen zum Gesetzestext und den abgedruckten Erlassen Aufklärung geben, ist aus diesem Grunde für jeden Pfandbriefbesitzer von besonderem Interesse.

Man kann daher dem Herausgeber und dem Verlage nur Dank wissen, wenn durch die Erweiterung der ersten Auflage zu einer Aufklärung in weiteren Kreisen des Publikums beigetragen wird. Andererseits gewährt aber der neubearbeitete Kommentar auch den Hypothekenbanken und allen Fachleuten eine schnelle Übersicht über den Inhalt und Sinn des Gesetzes.

Zur Graphik-Ausstellung der Berliner Sezession. Die große Graphik-Ausstellung der Sezession bringt einem wieder einmal zum Bewußtsein, um wie viel ungünstiger die Stellung von Werken der bildenden Kunst vor der Kritik ist gegenüber jenen der Literatur und Musik: ein Roman, ein Drama, ein Musikstück, das gleichsam neu vor uns geschaffen wird, sich langsam vor uns entrollt, wenn wir das Werk lesen, sehen oder hören, vermag mit allen seinen Feinheiten zu uns zu sprechen; aus Hunderten von Einzeldrücken erwächst in uns die bestimmende Gesamtwirkung. Die Arbeit des bildenden Künstlers steht als Ganzes da, der Totaleindruck ist das Primäre, und von ihm aus erst vermag man zu intimen Einzelheiten vorzudringen. Diese raschere Wirkung ist beim isolierten Kunstwerk zweifellos ein Vorteil, in der scharfen Konkurrenz der vielen nebeneinander, die jede Ausstellung ergibt, beeinträchtigt sie das volle Erleben im

Anschauen. Denn der stärkere Nachbar ruft uns vielleicht vorzeitig weiter. Und da schon die Art, wie ein Künstler in einer so großen Ausstellung repräsentiert wird, oft eine — nach der doppelten Auswahl durch ihn selbst und durch die Jury — ganz zufällige und ungenügende sein muß, so bringt auch die Einreihung des Werkes so manchmal das Wollen und Können des einzelnen nicht richtig zum Ausdruck. Mehr als jede andere Kunstgattung verlangen aber gerade graphische Arbeiten ein liebevolles Verweilen, eine Hingabe an die intimsten Wirkungen. Wenn also auf begrenztem Raum ein Bild dieser mehr als tausend Werke umfassenden Ausstellung gegeben werden soll, wird die Ungerechtigkeit, die in jedem durch so vielerlei Umstände beeinflussten, auswählenden Urteil liegt, geringer sein, je weniger Namen und Leistungen genannt werden. Drum sei zunächst gesagt, daß der Gesamteindruck, den die Ausstellung hinterläßt, der eines ungewöhnlich hohen künstlerischen Niveaus ist. Man sieht da ein vielfältiges Können vereint mit redlicher Arbeit, mit ernstem Streben. Neben rein graphischen Werken wurden auch Aquarelle und Pastelle und in geringerer Zahl Skulpturen aufgenommen. Nur bei einigen wenigen der ausgestellten Arbeiten hätte man ein strengeres Urteil der Jury wünschen dürfen. Von der überwiegenden Mehrzahl ist Gutes zu sagen. Freilich, gerade die Künstler, deren Namen aufs engste mit der Geschichte der Berliner Sezession verknüpft sind, oder die zu ihren ständigen Gästen gehören, bringen diesmal kaum etwas, das als absolut Neues in ihrer künstlerischen Physiognomie erschiene oder sie in ihrer vollen Kraft zeigte, so interessant manches (Liebermanns Karton zur „Zubengasse“, Corinth's Arbeiten, ein paar der Aquarelle von Clevogt, Radierungen von E. R. Weiß, Skulpturen und Zeichnungen von Barlach) an sich auch sein mögen.

Und doch hat diese Ausstellung einiges, was sie weit über eine gewöhnliche gute Jahresrevue erhebt, zu einem künstlerischen Ereignis macht für jeden, dem Kunst mehr als eine angenehme Unterbrechung der Alltäglichkeit bedeutet: das sind vor allem Schöpfungen von Künstlern, die schon der Geschichte angehören. Die Faustillustrationen von Delacroix mögen für viele doch allzuviel historisches Anschauen voraussetzen und darum nicht den reinsten Genuß geben; mit der Frische und Unmittelbarkeit höchster Kunst aber sprechen die Zeichnungen Goyas zu uns. In ihnen ist eine solche Fülle von Leben und Phantasie, festes Ergreifen der Wirklichkeit, überlegener Hohn und menschliches Verstehen, ein so meisterhaftes Herrschen über alle Mittel, daß man immer wieder zu ihnen zurückgezogen wird und kaum Zeit findet, zu sehen, was sonst an Schönem und Wertvollem in diesem Saale vereinigt ist: die famosen Aquarelle und Zeichnungen von Daumier, Arbeiten von Degas und Guys, die Radierungen Meryons und seltene Blätter von Corot.

Ein ähnliches Erlebnis wie Goyas Zeichnungen sind für mich die Studien eines Modernen: die Entwürfe und Skizzen Ferdinand Hodlers. In jedem Werk dieses großen Schweizer haben wir die Lebendigkeit bewundert, mit der ein bewußter Künstlerwille Monumentalität und dekorative Wirkung vermählte. Die Wurzeln der machtvollen Wirklichkeitsimpressionen waren: charakteristische Stellungen und Bewegungsmotive, so sicher angefaßt und festgehalten, daß man oft den Eindruck haben durfte, als seien sie nie vorher von einem Künstler beobachtet worden, als hätte man selbst sie im Leben nie in ihrer vollen Bedeutung begriffen, sie niemals so gesehen wie dieses Maler-auge, dem ein — oft fast unwirklich geringer — Bruchteil einer Sekunde die ausdrucksvollste Lebensfülle enthüllt. Und nun offenbart uns eine Sammlung von mehr als siebenzig Zeichnungen, wie dieser Künstler arbeitet. Mit wie unermüdlicher Ausdauer wiederholt sich da das Ringen um ein kleines, scheinbar so leicht zu packendes, oft untergeordnetes Motiv! Wie wird es immer wieder erprobt in

linearen und flächigen Wirkungen, in Modellierung und in den Tonwerten! Und was die ausgeführten Werke vermuten ließen, bestätigen nun die Studien und Entwürfe: in ihren frühesten Entwicklungsmomenten, die der ersten, flüchtigsten Impression entsprechen, haben die Skizzen schon die ganze überzeugende Wahrhaftigkeit der Augenblickserscheinung, in den ersten Strichen schon ist die Lebendigkeit der Figuren gegeben, und aus diesen wie im Flug erhaschten Eindrücken heraus entwickelt der Künstler nun alles, was seine Gestalten, seine Bilder so natürlich macht trotz aller von dekorativer Absicht bestimmten Stilisierung. — Im gleichen Raum finden sich (außer sechs Zeichnungen von Alfred Rethel) noch ein paar Arbeiten des vielgelästerten, heißumstrittenen Wiener's Gustav Klimt. Sie sind charakteristisch genug: man mag sonst gegen ihn sagen, was man will, die herbe Anmut der Linie, diese Zartheit und unbeirrte Festigkeit der Linie, diese Delikatesse der Zeichnung so frei und fern aller Süßlichkeit hat außer ihm vielleicht kein zweiter Künstler unter den Lebenden.

Edward Munch's monumentaler Entwurf für ein Universitätsbild „Die Geschichte“ bleibt respektvollst zu erwähnen; endlich aber darf ein junger Zeichner nicht vergessen werden, den der „Simplizissimus“ rasch bekannt gemacht hat, und dessen Illustrationen zu Heines „Memoiren des Herrn von Schnabelewopski“ eine Überraschung und einen der stärksten Eindrücke in dieser an guten Leistungen nicht eben armen Ausstellung bedeuten: Julius Pasch, ein eigenartiges Talent, gleich überlegen in Komposition und Charakteristik, so voll Humor und so ökonomisch in der Sparsamkeit der Mittel, daß man an Busch und Rudolf Wilke denken muß, wie sehr auch seine ganze Persönlichkeit von jenen verschieden ist. Was ihn den beiden verwandt erscheinen läßt, ist, daß sein Humor nicht im Stofflichen begrenzt bleibt, daß jeder Strich und jeder Punkt in diesen Zeichnungen von Geist und Witz bestimmt und geformt ist.

Dr. Victor Fleischer

Hildebrands Sonntagsbücher. Zu Anfang der neunziger Jahre versammelte sich in Leipzig vor einem schlichten Hause der Pfaffendorfer Straße Sonnabend mittag regelmäßig eine kleine Schar Studenten, Germanisten und Pädagogen, um gemeinsam zum Privatissimum bei Rudolf Hildebrand anzutreten. Es war die letzte Kollegienstunde der Woche, die Stimmung fing an, sich zu befreien, und wir wußten, daß uns jetzt noch ein Kaiserbissen bevorstand. Der dunkle Vorsaal ließ uns ein und wimmelte einen Augenblick von Garderobegebränge, dann ging es in die Stube: an der schmalen Fensterseite des langen Tisches, im Schlafrock auf den Stuhl gebannt, saß der vergichtete und erblindende Alte mit der domartigen Stirn, der fleischigen Adlernase und dem breiten, weißen Bart, die Haare hinter den Schläfen lang, straff, glänzend herabgestrichen. Sein aus tiefer Brust freundlich stöhnender Gruß wirkte kräftig desinfizierend gegen alles bloß konventionell Geistige, das wir etwa mitbrachten. Und ob nun die Rede war vom älteren oder neueren deutschen Volkslied, von Walthar von der Vogelweide oder Goethe, von Metrik oder Wortgeschichte, immer geschah es in einer alles Äußere leicht und frei verbindenden, in das Psychologische aber sich tief einnistenden Weise, und — das war wohl das Besonderste daran — das Psychologische wurde nicht nur als etwas Subjektives behandelt, sondern möglichst als ein Objektives, Allwahr's, Gemeinverbindliches. Diese Stunden liefen zwar nicht auf ein komplettes Examenwissen hinaus, obwohl wissenswerte Dinge höchst einprägend mitgeteilt, leidenschaftliche Zitate mit unvergänglichem Donnerton gesprochen wurden, aber unwillkürlich auf Persönlichkeitsprüfung und -bildung. Und oft war es, als ob Hildebrand Strahlenbündel eigensten Denkens dem Stoffe

anfügen möchte, er begann kurz, fragend, gesprächsweise, führte uns auch bis zu einem gewissen, erhellenden Punkte, brach dann aber ab, manchmal seufzend, manchmal erheitert. Wer von uns sein Buch vom deutschen Unterricht kannte und die „Tagebuchblätter eines Sonntagsphilosophen“, konnte bemerken, wieviel verwandte Gedanken der alte Meister noch in Vorrat hatte.

Das liegt nun auf einmal heute, fünfzehn Jahre nach Hildebrands Tode, alles bequem geordnet und schön gedruckt vor uns, die anderthalb Jahrzehnte lang, vom Ende der siebziger bis in den Beginn der neunziger Jahre geführten Sonntagsbücher Hildebrands. Nur einen kleinen Teil daraus hat er selbst früher als jene „Tagebuchblätter“ schriftstellerisch abgerundet und veröffentlicht, ein anderer Teil ist von ihm zu anregenden sprachwissenschaftlichen Aufsätzen verarbeitet worden; der größere Rest aber macht diesen stattlichen neuen Band aus, „Gedanken über Gott, die Welt und das Ich“, wie ihn der Herausgeber Berlitz, einer von Hildebrands ältesten Schülern, betitelt hat. (Verlag von Eugen Diederichs, Jena 1910.)

Es gibt etwas, das Meister Eckart mit Jakob Böhme und Goethe und Rudolf Hildebrand verbindet, und das Hildebrand metaphysisches Empfinden nannte und als die Hauptquelle unserer Welteinsicht in Anspruch nahm. Die Verfolgung dieses selten in voller Tiefe zum bewußten Erlebnis werdenden Empfindens durch sein eignes Leben und die Bemühung, dieses Empfinden anschaulich auszudrücken, machen den eigentümlichsten Inhalt des Werkes aus. Rudolf Hildebrand war ein neuer kontemplativer Mystiker. Als solcher führte er Gold mit sich. Und auch Schlacken. Schlacken nennen wir es, wenn in seinen Gedankenspinnten das zu liebevoll gepflegte Bild das Erlebnis überwuchert, so daß uns das Gefühl des Spielens überkommt. Lautere Goldblicke aber stehen reichlich dazwischen, und sie sind die selbstgewissen Ausgangspunkte dieses Denkens; z. B. gibt es vielleicht in der ganzen deutschen Literatur keine schöneren Gedanken über die Ehe, als die Rudolf Hildebrand diesen Blättern anvertraute. Und daneben wieviel Metalle vorzüglicher Art! Deutsches, Geschichtliches, zur Kunst, zur Seelenkunde: eines der interessantesten Gelehrertagebücher des vorigen Jahrhunderts liegt vor uns. Welch feine, tiefe Beobachtung der Gesellschaft, Welch große Beurteilung der Politik, wieviel schlagende, bittere, lachende, grobe, leutselige Kritik jener Zeit überhaupt, wurzelnd in einem weitreichenden Verständnis der deutschen Vergangenheit, das auch in die Zukunft schauen mußte. (Manches von dem, was Hildebrand in den pessimistischen achtziger Jahren heiß ersehnte und damals niemand öffentlich forderte, hat sich inzwischen eingestellt oder ist doch im Werden.) Zu alledem die intimen Reize dieser Selbstgespräche und kritischen Notizen: wir verfolgen in Hildebrands Glossen die wichtigsten wissenschaftlichen Zeitschriftenrezensionen von allgemeinem Interesse, nehmen an Gedanken teil, die sich an das Glockenläuten einer Leipziger Neujahrsnacht anknüpfen, vernehmen die Empfindungen eines Franzosen, der der Einweihung des Niederwalddenkmals beiwohnt . . .

Georg Berlitz hat das Werk sachlich geordnet, eine Art Biographie Hildebrands hinzugefügt, äußerst sorgfältig zusammengestellte Schlußanmerkungen (Ergänzungen) und ein gutes Register. Wir vertrauen darauf, daß dieses wertvolle Buch sein deutsches Publikum finden werde. Und übers Jahr möge der Diederichsche Verlag unserem Volke eine Auswahl (2 M.) darbieten! R. W.

